



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder des
CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Bericht des Landesgruppenvorsitzenden

Ausgabe: 20. WP/22-19
Anlass: Fraktionssitzung am 13. Dezember 2022

Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Landesgruppenvorsitzender
Philipp Amthor MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum letzten Mal vor den Weihnachtsfeiertagen übersende ich den [„Bericht des Landesgruppenvorsitzenden“](#) zu den Schwerpunkten der Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, in der unser Partei- und Fraktionsvorsitzender unter anderem in einer sehenswerten [Grundsatzrede als Oppositionsführer](#) auf eine **Regierungserklärung des Bundeskanzlers** geantwortet hat.

Zu weiteren Schwerpunkten aus unserer Fraktionsarbeit verweise ich unter anderem auf ein lesenswertes [Positionspapier zum Fachkräftemangel](#). Aus der **Arbeit der CDU-Landesgruppe** darf ich auf ein aktuelles [WELT-Interview zu den „Klimaklebern“](#) sowie auf eine [Rede zur Lage der Bundespolizei](#) und auf eine [Rede gegen die Gender-Sprache](#) verweisen. Die Kollegin Simone Borchardt hat sich unterdessen mit der kritischen [Lage der Kinderkliniken](#) beschäftigt und Kollege Dietrich Monstadt verweist auf [Probleme bei der Versorgung mit Medizinprodukten](#).

Für das stete Interesse an der Arbeit unserer CDU-Landesgruppe danke ich im Namen der Kollegen sehr herzlich und übersende beste vorweihnachtliche Grüße an Sie und an Ihre Familien aus dem Deutschen Bundestag

Philipp Amthor MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Anlage:

- Rede von Friedrich Merz MdB zur Regierungserklärung (Link)
- Positionspapier zum Fachkräftemangel (PDF, 5 Seiten)
- WELT-Interview Philipp Amthor MdB zur „Letzten Generation“ (Link)
- Rede von Philipp Amthor zur Bundespolizei (Link)
- Rede von Philipp Amthor MdB zur Gender-Sprache (Link)
- Beitrag von Simone Borchardt MdB (PDF, 2 Seiten)
- Beitrag von Dietrich Monstadt MdB (PDF, 2 Seiten)



Die Woche im Parlament

- Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion -

Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen

Ausgelöst durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa „Jina“ Amini im Polizeigewahrsam finden seit dem 16. September großflächige Proteste im Iran statt. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Chamenei in Frage. Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen von über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten seit Beginn der Proteste, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor. Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Protestanten. Die mutigen Demonstranten im Iran verdienen unsere Unterstützung und unseren Respekt.

In unserer Fraktionssitzung am 13. Dezember waren wir im Austausch mit der Iran-Expertin und ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri. Darüber hinaus setzen wir unseren Antrag „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen“ erneut auf und unterstreichen so unsere Forderungen an die Bundesregierung: Deutschland muss die Protestbewegung entschlossen unterstützen. Die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, müssen ausgeweitet werden. Deutschland muss im EU-Rahmen entschiedener und schneller handeln. Die EU muss zudem die iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigung listen. Darüber hinaus fordern wir zudem auch eine Neubewertung des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran. Die Bundesregierung muss in dieser historischen Chance mehr tun, um die mutigen Menschen im Iran zu unterstützen. Die Situation der unterdrückten Frauen im Iran ist der Lackmustest für die Bundesaußenministerin.

Bundespolizei weiter stärken

Die Bundespolizei ist eine der zentralen Säulen der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte der personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein. Sie schützen 3.831 Kilometer Land- und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa



5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane und Bundesministerien, unterstützen die Landespolizeien bei Großeinsätzen und leisten Hilfe in internationalen Missionen. Sie verfolgen und bekämpfen Schleusungskriminalität, Eigentumsdelikte sowie weitere Straftaten in ihrem Aufgabenbereich. Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne Ausstattung und zudem zeitgemäße Handlungsbefugnisse. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten, fordern wir deshalb: „Die Bundespolizei weiter stärken“. Die Bundespolizei benötigt jetzt eine noch bessere Ausstattung. Dafür müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden. Verzichten sollte die Bundesregierung dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind: Für eine Kennzeichnungspflicht, z. B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz, und für die Schaffung des neuen Postens eines „Polizeibeauftragten“ besteht keine Notwendigkeit.

Planungssicherheit und Vertrauen beim Umweltbonus

Die Bundesregierung hat die Förderung von Elektrofahrzeugen (Umweltbonus) in diesem Jahr neu ausgerichtet. Ab 2023 werden die Förderbedingungen geändert. Künftig fallen Plug-In-Hybride komplett aus der Förderung und Elektroautos werden je nach Kaufpreis lediglich noch mit 3.000 bzw. 4.500 Euro gefördert. Für die Förderung kommt es auf den Zeitpunkt der Zulassung des Fahrzeugs und die Antragstellung, aber nicht auf die Bestellung an. Diese Entwicklung war aber für viele Käufer beim Zeitpunkt ihrer Bestellung nicht absehbar – zumal aufgrund der weltweiten Lieferkettenprobleme sich die Lieferzeiten teilweise auf über ein Jahr verlängert haben. Nun werden viele Autohändler samt Kunden zum Jahresende von der Bundesregierung im Regen stehen gelassen. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: „Planungssicherheit und Vertrauen beim Umweltbonus herstellen“. Für die betroffenen E-Fahrzeug-Käufer muss eine Vertrauensschutzregelung getroffen werden.

Rahmenbedingungen für die PCK Schwedt

Die Bundesregierung plant zum Ende des Jahres 2022 eine nationale Ausweitung des europäischen Öl-Embargos gegen Russland auf durch Pipelines nach Deutschland transportiertes Öl. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung angekündigt, die ostdeutschen Raffinerien auf alternativen Transportwegen vollständig mit dem benötigten Öl zu versorgen, die ausreichende Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands mit Treibstoff sicherzustellen und eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen und



wirtschaftlicher Infrastruktur an den ostdeutschen Raffinerie-Standorten zu geben. Wir bringen in dieser Woche deshalb den Antrag „Verlässliche Rahmenbedingungen für die PCK Schwedt“ ein. Darin fordern wir, dass die Bundesregierung diese Zusagen einhält und deren Umsetzung zum Beginn des zusätzlichen nationalen Pipeline-Embargos nachweislich garantieren kann.

Lieferkettengesetz später und bürokratiearm umsetzen

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz („LkSG“) wird ab dem 1. Januar 2023 angewandt. Unternehmen ab einer bestimmten Größe wird durch dieses Gesetz aufgegeben, bestimmte Sorgfaltspflichten zu beachten und so menschenrechtlichen oder umweltbezogenen Risiken vorzubeugen. Die Unionsfraktion unterstützt das Ziel des Gesetzes, das Notwendige und das Machbare zu vereinen und eine Lösung aufzuzeigen, die wirksam für die Menschenrechte und gleichzeitig für die Wirtschaft leistbar ist. Umso wichtiger ist es, dass die im Gesetz sorgsam gefundene Balance weder durch eine überbordende innerstaatliche Umsetzung noch durch eine übermäßige europäische Regelung in Frage gestellt wird. Die deutsche Wirtschaft hat sich wiederholt zu ihrer Verantwortung im Hinblick auf globale Standards zum Schutz der Menschenrechte in globalen Lieferketten bekannt. Allerdings sind die Unternehmen in unserem Land gegenwärtig in ungeahnter Weise belastet. Deshalb bedarf es jetzt eines regulatorischen Innehaltens und einer Aussetzung der Anwendung des Lieferkettengesetzes. In unserem Antrag fordern wir deshalb, den Start des Lieferkettengesetzes auf den 1. Januar 2025 zu verschieben und die Anwendung so bürokratiearm wie möglich auszugestalten.

Energiepreisbremse für Hochschulen

Die Auswirkungen der Energiekrise kommen zunehmend in den Hochschulen des Landes an und gefährden das wissenschaftliche Arbeiten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Bundesregierung darf die Hochschulen in dieser Zeit nicht allein lassen. In unserem Antrag, den wir in erster Lesung beraten, fordern wir deshalb: „Hochschulen in die Härtefallregelung der Energiepreisbremse aufnehmen – Schutzschirm für wissenschaftlichen Nachwuchs spannen“. Konkret erwarten wir, dass die Bundesregierung die Hochschulen in Deutschland bedarfsgerecht und analog zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen in die Härtefallregelung der Strom- und Gaspreisbremse aufnimmt. Darüber hinaus soll die Bundesregierung die Härtefallregelung für den wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen öffnen und bedarfsgerecht finanziell auszubauen.



Reformen für ein modernes und bürgernahes Parlament

Wir setzen uns für eine Reform der Geschäftsordnung des Bundestages ein und fordern in unserem Antrag: „Die Demokratie stärken – Klare Reformen für ein modernes und bürgernahes Parlament“. Wir wollen die Regierungsbefragung dynamischer machen und dazu eine Kanzlerbefragung pro Quartal einrichten, die zukünftig 120 Minuten dauern soll. Technische Fachvorlagen sollen zukünftig in den Ausschüssen abschließend beraten werden können – dann bleibt im Plenum mehr Zeit für das Wesentliche. Die Fragestunde soll zudem zukünftig auch in den Ausschüssen stattfinden. Darüber hinaus fordern wir mehr Digitalisierung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Mandat – etwa, indem Abstimmungen gebündelt und elektronisch durchgeführt werden können. Bedauerlicherweise konnten sich die Regierungsfractionen nicht zu einer echten Reform, sondern nur zu einem „Reförmchen“ durchringen. Besonders misslich ist, dass die Koalition bei der Regierungsbefragung jetzt sogar einen Schritt zurückgeht. Denn anders als bisher soll künftig allein die Bundesregierung bestimmen dürfen, welche ihrer Minister an der Regierungsbefragung teilnehmen. Das ist eine echte Schwächung des Parlaments im Verhältnis zur Bundesregierung.

Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort beenden

Die Ampel vernachlässigt mit ihrem Kurs in der Breitbandförderung einmal mehr den ländlichen Raum und schafft mit dem noch bis zum Frühjahr 2023 andauernden Antragsstopp eine riesige Lücke in der Breitbandförderung. Wir fordern deshalb: „Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort beenden“. Mit unserem Antrag dringen wir darauf, unverzüglich den Entwurf einer neuen Breitband-Förderrichtlinie auszuarbeiten und den Beteiligten – insbesondere Länder und Kommunen – vorzustellen. Wir brauchen zudem endlich einen Zeithorizont, bis wann voraussichtlich die neue Förderrichtlinie in Kraft tritt und neue Förderanträge gestellt werden können. Darüber hinaus erwarten wir, dass Kommunen ihre bereits geleisteten Vorarbeiten – insbesondere Markterkundungsverfahren – nach der alten Förderrichtlinie auch für Anträge nach der neuen Förderrichtlinie verwenden können. Die Bundesregierung muss durch Priorisierung und Umschichtung im Bundeshaushalt sicherstellen, dass ausreichend Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen.

Kultur- und Kreativwirtschaft weiter unterstützen

In abschließender Beratung befassen wir uns mit unserem Antrag „Einen Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft wie zugesagt benennen“. Mit der Benennung des Staatssekretärs Michael Kellner als Ansprechpartner für die Kreativwirtschaft Anfang Oktober 2022 hat die Bundesregierung eine unserer



Kernforderungen – zwar spät, aber immerhin – entsprochen. Aber weiterhin gibt es keine Klarheit über die Zukunft beziehungsweise weitere Ausgestaltung des "Sonderfonds für Kulturveranstaltungen", über den Veranstalter seit 2020 Corona-Ausfallhilfen erhalten. Deshalb debattieren wir parallel dazu einen weiteren Antrag, mit dem wir fordern: „Ausfallsicherung von Veranstaltungen durch den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen nicht beenden“. Die Ausfallsicherung darf nicht beendet werden, denn die Veranstaltungsbranche ist weiterhin auf diese Ausfallhilfen angewiesen.

EU-Initiative „Global Gateway“ zu einem Erfolg machen

Zwischen 2021 und 2027 sollen bis zu 300 Mrd. Euro für nachhaltige Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern über die EU-Initiative „Global Gateway“ mobilisiert werden. Mit unserem Antrag „Global Gateway der Europäischen Union zu einem Erfolg machen“ fordern wir ein aktives Engagement der Bundesregierung für „Global Gateway“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, konkrete gemeinsame Projekte zu identifizieren und vorzuschlagen. Hierbei soll sie selbst aktiv sein und zugleich den engen Austausch mit der Privatwirtschaft suchen. Zudem sollen die staatlichen deutschen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Wichtig ist weiterhin die Abstimmung mit den transatlantischen Partnern. „Global Gateway“ zu einem Erfolg zu machen, ist im Interesse Deutschlands, der EU und der beteiligten Partnerländer.

– Regierungsiniciativen und Plenargeschehen im Übrigen –

Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung (Regierungsentwürfe)

In abschließender zweiter und dritter Lesung beraten wir die – endlich – von der Koalition vorgelegten Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung: Das „Gesetz zur Einführung einer Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung sonstiger Vorschriften“ sowie das „Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse“. Die Politik der Bundesregierung hat in den letzten Monaten zu einer großen Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen geführt – etwa durch die geplante Gasumlage, die den Preis noch weiter verteuert hätte. Wäre stattdessen der Sommer konsequent genutzt worden, hätten die Preisbremsen schon zum Winter greifen können. Da sie nun erst ab März 2023 kommen, baut die Ampel mehrere Notlösungen drum herum. Ergebnis ist nun ein überaus kompliziertes Geflecht, das viele Fragen der Umsetzung aufwirft.



Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (Regierungsentwurf)

In erster Lesung befassen wir uns mit dem Entwurf der Koalition für ein „**Gesetz zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit der Haltungsform der Tiere, von denen sie gewonnen wurden (Tierhaltungskennzeichnungsgesetz)**“. Damit wird eine neue Haltungskennzeichnung bei Lebensmitteln tierischen Ursprungs eingeführt. Lebensmittel, für die eine Kennzeichnungspflicht eingeführt wird, sind bei Abgabe an den Endverbraucher mit einer Information über die Haltungsform der Tiere zu versehen. Erfasst werden soll zum jetzigen Zeitpunkt frisches Fleisch von Mastschweinen, die in Deutschland gehalten worden sind. Wir sehen den Entwurf kritisch: Der Entwurf hat keinen Mehrwert für landwirtschaftliche Tierhalter und Verbraucher. Die Beschränkung auf Kennzeichnung von frischem Schweinefleisch führt dazu, dass der gesamte Bereich der Verarbeitung sowie der Außer-Haus-Verpflegung (Kantinen, Mensen, Restaurants) nicht berücksichtigt wird. Zudem werden bekannte und bewährte privatwirtschaftliche Systeme wie die "Initiative Tierwohl" durch die vorgesehene Form der Kennzeichnung in ihrer Existenz gefährdet. Landwirte haben gegenüber ausländischen Erzeugern einen erheblichen Wettbewerbsnachteil, denn ausländisches Fleisch wird nicht verpflichtend gekennzeichnet.

Termine aus der Bundes- und Europapolitik

- 14.-16. Dezember: EU-ASEAN-Gipfel und Europäischer Rat
- 16. Dezember: Konjunkturprognose der Bundesbank
- 17. Dezember: BK Scholz eröffnet LNG-Terminal in Wilhelmshaven
- 18. Dezember: Finale der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar

* * *